

2146. Artikel zu den Zeitereignissen

Flüchtlings-Programm und rechtsfreie Räume, Teil 237

Friederike Beck "Die geheime Migrationsagenda" (Teil 9) – NATO – Schleppermafia in Kabul



Merkur.de

Menü Politik Die Schleuser machen ihr Geschäft – und die türkische Polizei schaut weg

8 f [Twitter] [Google+] [Email] Aktualisiert: 07.03.16 - 11:50

DER EU-GIPFEL UND DIE FLÜCHTLINGSKRISE

Die Schleuser machen ihr Geschäft – und die türkische Polizei schaut weg

Die letzten Sätze des *Münchener-Merkur*-Interviews mit Bernd Fabritius,¹ welches Friederike Beck zitiert,² lauten:³

¹ Siehe Artikel 2145 (S. 4-6)

² Unter Anmerkung 96 steht: *Merkur.de*: »Die Schleuser machen ihr Geschäft – und die türkische Polizei schaut weg« <http://www.merkur.de/politik/interview-schleuser-machen-geschaeft-tuerkische-polizei-schaut-weg-6185762.html> (s.o.)

³ *Die geheime Migrationsagenda*, S. 88-94 (Kopp 2016)

"MM: Wie könnte man die Motivation dieser Menschen zur Flucht bremsen?"

BF: Man müsste ihnen eine Lebensgrundlage in der Türkei ermöglichen, ein Dach über dem Kopf und eine Arbeitsmöglichkeit. Danach müsste man ihnen klarmachen, dass der Weg nach Europa nicht den Versprechungen entspricht, sondern geschlossen ist. Dann würde kaum noch jemand die eigentlich sichere Türkei verlassen und abwandern ..."

(Friederike Beck schreibt weiter:) Der Augenzeugenbericht Bernd Fabritius` bringt zum Ausdruck, dass sich die Polizeibehörden der Türkei für die Bekämpfung des Schleuserunwesens nicht interessieren, ja dass man systematisch zur Seite schaut. Die türkische Küstenwache ignoriert das Treiben vor ihrer Küste. Aber auch Frontex scheint abwesend. Genauso wenig ist die EU zum Beispiel mit einem multinationalen Marineverband vor Ort.

NATO gegen Schleuser? Merkel bringt die NATO ins Spiel

Man ist es mittlerweile gewohnt, Angela Merkels Motive für folgenschwere Handlungen nicht auf den ersten Blick erkennen zu können. Eine gewisse Rätselhaftigkeit birgt auch ihr Vorschlag vom Februar 2016, die NATO für den Einsatz gegen Schlepper in der Ägäis zu engagieren. Sie, die keine Gelegenheit auslässt, die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns der EU-Mitgliedstaaten zu betonen, und die nationale Entscheidungen («Alleingänge») als nicht zielführend brandmarkt, vergibt eine Gelegenheit, die Marine europäischer Staaten gemeinsam mit den bereits seit Langem im Rahmen von Frontex zur Verfügung stehenden Aufklärungsmöglichkeiten gegen das Schlepperunwesen einzusetzen!

Selbst der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier zeigte sich überrumpelt: Er habe vom Vorstoß Angela Merkels, die NATO in die Bewältigung der Flüchtlingskrise einzubeziehen, erst durch den gemeinsamen Auftritt der Bundeskanzlerin mit dem türkischen Regierungschef Ahmet Davutoglu am 8. Februar in Ankara erfahren.⁴

Eine Woche darauf gab es in Brüssel ein Treffen der NATO-Verteidigungsminister zur Syrienkrise. Die NATO-Verteidigungsminister haben den »Supreme Allied Commander Europe« (SACEUR) beauftragt, die konkreten Maßnahmen für die NATO-Mission auszuarbeiten.

Gleichzeitig stand der deutsch-türkische Vorschlag, die NATO bei der Überwachung der türkischen Küste in der sogenannten Flüchtlingskrise einzusetzen, auf der Tagesordnung. Die NATO ließ auf ihrer Internetpräsenz dazu verkünden:

"Die derzeitige Flüchtlings- und Migrantenkrise, welche durch Konflikte und Instabilität an der südlichen Grenze der NATO verursacht wurde, wird angeheizt von Menschenschmuggel und kriminellen Netzwerken."⁵

Sie sei die schlimmste humanitäre Krise, die Europa seit 1945 gesehen habe. Daher habe man sich entschieden, auf Bitten der deutschen, griechischen und türkischen Regierung zusammen mit Frontex an der geheimdienstlichen Aufklärung und Überwachung von illegalen Überfahrten in der Ägäis und an der türkischen Grenze mitzuwirken. Die konkrete Aufgabe wird von

⁴ Unter Anmerkung 97 steht: Zeit Online: »Steinmeier kritisiert möglichen Nato-Einsatz gegen Schlepper«, 10.02.2016,

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-02/frank-walter-steinmeier-kritisiert-plan-nato-kuestenschutz>

⁵ Unter Anmerkung 98 steht: NATO OTAN: »Assistance for the refugee and migrant crisis in the Aegean Sea«, http://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_128746.htm

der 2. ständigen maritimen Gruppe der NATO (SNMG2) in Kooperation mit Frontex durchgeführt. Diese besteht aus sieben Fregatten und Patrouillenbooten kanadischer, französischer, griechischer, niederländischer, türkischer und britischer Herkunft, darunter die deutsche FGS Bonn.

Die Aufklärungsmission führt der deutsche Konteradmiral Jörg Klein an, der wiederum dem NATO Allied Maritime Command (MARCOM) untersteht, das seinerseits dem britischen Vizeadmiral Clive Johnstone untersteht. Alle beteiligten Schiffe sind gehalten, Bootsflüchtlinge zu retten.

Über die Effizienz der Mission gibt es noch keine verlässlichen Zahlen. Ein pikantes Detail ist, dass die Türkei der NATO bisher verweigerte, ihre Hoheitsgewässer zu befahren. Laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen kamen seit dem Einsatzbeginn der NATO-Frontex-Mission weniger Flüchtlinge auf der griechischen Insel Lesbos an.

"Auf Inseln ohne NATO-Überwachung sank die Zahl im selben Zeitraum aber beinahe ebenso stark. Grund für den Rückgang könnten also auch das Wetter oder andere Faktoren sein. Gleichwohl: Beobachtern zufolge hält die türkische Küstenwache heute mehr Flüchtlingsboote auf als noch im Herbst – sei es wegen der NATO-Unterstützung oder wegen Anweisungen aus Ankara. »Es kommen kaum noch Boote durch«, sagt zum Beispiel Rübén Neugebauer, der bis vor Kurzem für die Hilfsorganisationen Sea-Watch und Cadus auf Lesbos war."⁶

Es gibt in Sachen NATO-Mission jedoch eine Reihe von Ungereimtheiten, welche eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE an die Bundesregierung zusammenträgt. Titel: »Einsatz der NATO gegen profitorientierte Fluchthelfer in der Ägäis und Verbringung aller aufgegriffenen Geflüchteten in die Türkei«.

"Am 25. Februar 2016 erklärte die Bundesregierung, der NATO-Verband unter deutscher Führung werde »in wenigen Tagen seine Aufgaben beginnen«. Die Vorbereitungen liefen »mit Hochdruck«. Alle »aus der Türkei kommenden« aufgegriffenen oder geretteten Geflüchteten werden von der NATO im Rahmen einer Vereinbarung zur »Rückverbringung« an die Türkei überstellt (Plenarprotokoll 18/154). Dies betreffe »Flüchtlinge, die aus der oder durch die Türkei kommen«. Dabei soll es keine Rolle spielen, ob diese in türkischen, griechischen oder internationalen Gewässern angetroffen wurden. Kein Geretteter habe Anspruch darauf, »in einen Hafen seiner Wahl verbracht zu werden«. Jedoch hatte der türkische Vize-Ministerpräsident Numan Kurtulmus der deutschen Bundesverteidigungsministerin klar widersprochen und erklärt, dass die Rücknahme von durch die NATO-Schiffe an Bord genommenen Geflüchteten nicht vereinbart ist, sondern verhandelt werden müsse (Süddeutsche Zeitung vom 23. Februar 2016).

Dem entgegnete die Bundesregierung zwei Tage später, rette der NATO-Marineverband Geflüchtete, die aus der Türkei übersetzen wollen, »werden diese generell an die türkischen Behörden übergeben« (Pressemitteilung vom 25. Februar 2016). Auch der NATO-Generalsekretär bekräftigte, alle per Seenotrettung aufgegriffenen Migranten würden in die Türkei gebracht (Pressemitteilung vom 25. Februar 2016). Aus der Türkei sind den Fragestellerinnen und Fragestellern aber keine solchen Äußerungen bekannt (Stand: 2. März

⁶ Unter Anmerkung 99 steht: taz: »Halber Einsatz im Ägäischen Meer«, 15.04.2016, <http://www.taz.de/!5292741/>

2016). Ein Bericht der Agentur AFP (2. März 2016) bestätigt, die Türkei habe »keine oder wenig Begeisterung«, dies tatsächlich umzusetzen.⁷

Bei der Begründung der NATO-Mission unterliefen gleich zu Anfang Argumentationsspannen:

*"Die Bekämpfung von »kriminellen Netzwerken« sei laut der Bundesregierung nicht durch zivile Behörden zu leisten, deshalb wurde die NATO um Unterstützung gebeten. Offen bleibt, welche Defizite aus Sicht der Bundesregierung hinsichtlich der Überwachung der türkischen Außengrenzen existieren und inwiefern diese durch die NATO unterstützt werden müssten. Die Bundesregierung bestätigt, dass vermeintliche Fluchthelfer kaum auf See, sondern auf türkischem Festland anzutreffen sind (Plenarprotokoll 18/154)."*⁸

Widersprüche über Widersprüche! Einerseits soll die NATO kriminelle Netzwerke auf offener See in Schach halten, andererseits weiß die Bundesregierung offensichtlich selbst, dass diese dort gar nicht zu finden sind. Auch die Bundestagsdelegation, mit der Bernd Fabritius in die Türkei reiste, berichtete ja von offenen Schleusertreffen in einer Moschee in Izmir und nicht über die Massierung von Schleusern auf den Fluten der Ägäis. Am türkischen Strand von Cesme hätte laut Fabritius ein einziger Dorfpolizist genügt, um das Schleusergeschäft zu beenden⁹ ...

"Durch die Maßnahme sollen die irregulären Grenzüberquerungen über die Ägäis reduziert werden. Sie ist ein Teil der internationalen Anstrengungen zur besseren Bewältigung der Flüchtlings- und Migrationsströme nach Europa."¹⁰

Am 26. Februar 2016 hatte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg jedoch etwas ganz anderes gesagt:

"NATO-Schiffe werden nicht die Aufgabe der nationalen Küstenwache in der Ägäis übernehmen. Ihre Mission ist nicht, jene zu stoppen oder zurückzuweisen, die versuchen, nach Europa überzusetzen."¹¹

Nach Stoltenberg geht es um »Aufklärung« (reconnaissance), »Überwachung« (monitoring) und »Beobachtung« (surveillance), um für die griechischen und türkischen Behörden sowie für Frontex Informationen bereitzustellen. Frontex ist jedoch ausreichend ausgestattet, um diese Daten selbst zu erheben.

In Stoltenbergs Erklärung findet sich ein Satz, welcher der wahren Begründung der reichlich absurd anmutenden NATO-Mission in der Ägäis vermutlich am nächsten kommt.

"Wir haben auch beschlossen, geheimdienstliche Aufklärung, Überwachung und Aufklärung entlang der türkisch-syrischen Grenze zu intensivieren."¹²

⁷ Unter Anmerkung 100 steht: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/082/1808248.pdf>

Am 27.4.2016 beantwortete die deutsche Bundesregierung eine kleine Anfrage einiger Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE. Deutscher Bundestag, Drucksache 18/8248,18. Wahlperiode, 27.04.2016. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

⁸ Unter Anmerkung 101 steht: Ebd.

⁹ Siehe Artikel 2145 (S. 4)

¹⁰ Unter Anmerkung 102 steht: Ebd.

¹¹ Unter Anmerkung 103 steht: Thomas Wiegold: »NATO und europäische Flüchtlingskrise: "Hilfe für Partner und die EU bei wichtigster Aufgabe"«, in: *Augen geradeaus!*, 26.02.2016, <http://augengeradeaus.net/2016/02/nato-und-europaeische-fluechtlingskrise-hilfe-fuer-partner-und-die-eu-bei-wichtigster-aufgabe/>

Dies ist vor dem Hintergrund einer erneuerten Konfrontationspolitik der NATO gegenüber Russland der viel wahrscheinlichere Grund. Schließlich unterhält Russland eine Marinebasis im syrischen Hafen Tartus und hatte ab Ende September 2015 mit Luftangriffen auf den IS und andere terroristische Milizen auf Bitten von Baschar al-Assad in Syrien eingegriffen. Die Motive der NATO wären demnach weniger humanitärer Natur, sondern der Versuch, sich im Windschatten der Flüchtlingskrise im syrischen Kriegsgeschehen besser zu positionieren.

Das Treffen der Schleppermafia in Kabul

Im Mai 2016 trafen sich 28 Bandenbosse der weltweit größten Schlepperorganisationen in der afghanischen Hauptstadt Kabul – und wurden dabei von europäischen Nachrichtendiensten observiert.¹³ Die Mafia-Paten wollen das Geschäft mit der Migration besser organisieren und vor allem eine neue Ostroute diskutieren, um noch mehr Gewinn zu erwirtschaften. Ein

Dossier mit den Erkenntnissen der europäischen Geheimdienste wurde der österreichischen Tageszeitung "Krone" zugespielt. Zwölf Bosse aus Afghanistan, vier aus Griechenland, je drei aus dem Iran und Thailand sowie je zwei aus der Türkei, Bulgarien und Indien beklagten den Rückgang der Einnahmen - die Grenz-zäune in Mazedonien, Österreich, Ungarn und Bulgarien seien »ein Problem«.



Könnte es einen besseren Beweis für die Wirksamkeit dieser viel geschmähten nationalen »Alleingänge« an den Grenzen der Balkanroute geben? Die "Krone" fasst die wichtigsten Erkenntnisse des Abhörprotokolls so zusammen:

- *"Weil die Balkanstrecke bei Idomeni gesperrt ist, soll eine neue Schlepperroute von Afghanistan über Georgien, Russland, die Ukraine und Ungarn bis nach Österreich »erkundet und ausgebaut werden«.*
- *Ziel ist, »mindestens 300 Afghanen pro Tag« nach Europa zu schleusen – also in nur einem Jahr 109 000 Migranten allein aus diesem Land,*
- *Dazu soll die »Effektivität der Routen verbessert werden«; Die Reisezeit von Afghanistan nach Europa müsse sich »auf maximal 3 Wochen verkürzen«.*
- *Nach Beschwerden von bereits nach Europa geschleppten Kunden sollen jetzt »vermehrt Frauen« in die EU gebracht werden.*
- *Zu Debatten unter den Mafiabossen führte auch das Thema, wie die Kosten für die Bestechung der Grenzschutzbeamten in den Balkanländern besser aufgeteilt werden."*

Aus österreichischen Regierungskreisen werde die Echtheit des Protokolls bestätigt: »Wir wissen nun auch dank dieser Geheimdienstaktion, dass unsere nationalen Maßnahmen des Grenzschutzes wichtig und richtig gewesen sind«, so die Tageszeitung.¹⁴ Im Übrigen prognostiziert der Geheimdienstbericht ein weiteres Ansteigen der Migrantenzahlen, der Rückgang sei nur vorübergehender Natur, die Nachfrage nach Europa ungebrochen. (Fortsetzung folgt.)

¹² Unter Anmerkung 104 steht: Ebd.

¹³ Warum nimmt man sie nicht gleich fest?

¹⁴ Unter Anmerkung 105 steht: Kronenzeitung: »28 Schleppermafia-Bosse planen neuen Sturm auf EU«, 20.05.2016, <http://www.krone.at/28-schleppermafia-bosse-planen-neuen-sturm-auf-eu-geheimdienst-bericht-story-511085>